

Das Ja

hr 2009

hr 2009

Lagebericht

1. Gesetzliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

1.1. Aufgaben der ÖIAG – gesetzliche Rahmenbedingungen

Die Aufgaben der ÖIAG sind im ÖIAG-Gesetz 2000 (BGBl. I 24/2000) in der Fassung der Gesetzesnovellen 2003 (BGBl. I 71/2003), 2005 (BGBl. I 103/2005), 2006 (BGBl. I 73/2006) und 2008 (BGBl. I 136/2008) geregelt. Sie umfassen im Wesentlichen das Privatisierungs- und Beteiligungsmanagement in Bezug auf Anteile an Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist oder die ihr künftig durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft übertragen werden. Die ÖIAG ist unter bestimmten Umständen berechtigt, zusätzliche Anteile an Beteiligungsgesellschaften zu erwerben oder sich an Kapitalerhöhungen zu beteiligen. Die Aufgaben der Abwicklung von Maßnahmen nach dem Finanzmarktstabilitätsgesetz zur Rekapitalisierung von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen wurden im Geschäftsjahr 2008 auf die von der ÖIAG neu gegründete FIMBAG Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes übertragen.

Die Privatisierungen der ÖIAG erfolgen gemäß den Bestimmungen des ÖIAG-Gesetzes in Erfüllung des jeweils für eine Legislaturperiode von der Bundesregierung beschlossenen Privatisierungsauftrags. In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 5. September 2008 wurde der ÖIAG auf Basis des Beschlusses der Bundesregierung vom 12. August 2008 der Auftrag zur Privatisierung des 41,56%-Anteils an der Austrian Airlines AG erteilt. Mit Beschluss der Bundesregierung vom 29. Oktober 2008 wurde dieser Privatisierungsauftrag bis 31. Dezember 2008 verlängert. Durch die Änderung des Bundesgesetzes über die Übertragung von Bundesbeteiligungen in das Eigentum der ÖIAG (AUA-Gesetz, BGBl. I Nr. 18/2009) wurde die gesetzliche Grundlage für die Gewährung einer finanziellen Unterstützung an die Austrian Airlines AG in Höhe von EUR 500,00 Mio geschaffen. Diese Gesetzesänderung ist rückwirkend per 31. Dezember 2008 in Kraft getreten. Das Closing des Verkaufs der von der ÖIAG gehaltenen Anteile an der Austrian Airlines AG an die Deutsche Lufthansa erfolgte am 3. September 2009 nach Vorliegen der positiven Entscheidung der Europäischen Kommission im Beihilfe- und im Fusionskontrollverfahren.

1.2. Wirtschaftliches Umfeld

Das Jahr 2009 war von schweren Einbrüchen der Konjunktur in den USA, Japan und der Europäischen Union sowie einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Mit massiven fiskalpolitischen Maßnahmen, einer expansiven Geldpolitik und Leitzinssatzsenkungen der Notenbanken konnte dieser Abwärtstrend um die Jahresmitte gestoppt werden. Die reale Wirtschaftsleistung sank auf Jahresbasis weltweit um 1,0 %. In Österreich war ein BIP-Rückgang von 3,6 % zu verzeichnen, in Europa (EU-27) lag das reale Minus bei 4,2 % und in den USA bei 2,4 %.¹ Für die Beteiligungsunternehmen der ÖIAG stellte das wirtschaftliche Umfeld somit eine besondere Herausforderung dar.

Durch die staatlichen Stützungsmaßnahmen gelang eine Stabilisierung des Bankensektors und eine Beruhigung der Finanzmärkte. Dabei musste die Politik auch auf das Instrument der Verstaatlichung zurückgreifen. So wurde in Österreich neben der Kommunalkredit Austria auch die Hypo Group Alpe-Adria von der Republik Österreich übernommen.

Die weltweite Erholung der Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2009 spiegelte sich auch in der Entwicklung der internationalen Aktienmärkte wieder. Der deutsche Aktienindex (DAX) legte auf Jahresbasis rund 24 %, der ATX sogar rund 43 % zu. Die Notierung für Erdöl der Sorte Brent stieg von rund USD 35/bbl per Ende 2008 auf rund USD 76/bbl zum Jahresende 2009.

2. Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

2.1. Geschäftsverlauf

Basierend auf den mit der Deutschen Lufthansa am 5. Dezember 2008 abgeschlossenen Verträgen erfolgte am 3. September 2009 mit dem Vollzug der Transaktion die vollständige Privatisierung der Austrian Airlines AG. Hierfür war die Erfüllung einer Reihe von Bedingungen erforderlich, die im Geschäftsjahr 2009 erfolgreich abgearbeitet wurden.

¹ BIP-Angaben lt. WIFO-Konjunkturprognose vom 24. März 2010

Dazu zählen insbesondere

- die Genehmigung der Rettungsbeihilfe in Höhe von EUR 200,00 Mio durch die EU-Kommission (19. Jänner 2009),
- die gesetzliche Ermächtigung der ÖIAG zur Zahlung des Restrukturierungszuschusses in Höhe von EUR 500,00 Mio (25. März 2009),
- die Annahme des Übernahmeangebots der Deutschen Lufthansa von mehr als 75 % der Aktionäre der Austrian Airlines AG (11. Mai 2009) und
- die positive Entscheidung der Europäischen Kommission im Beihilfeverfahren (Genehmigung der Leistung des Restrukturierungszuschusses) und im Fusionskontrollverfahren (28. August 2009).

Der Verkauf der 36.626.875 Aktien der Austrian Airlines AG an die Deutsche Lufthansa erfolgte zu einem Preis von EUR 366.268,75 (EUR 0,01 je Aktie) per 3. September 2009. Zusätzlich erhielt die ÖIAG einen Besserungsschein, dessen maximaler Auszahlungsbetrag je Aktie aus übernahmerechtlichen Gründen durch den Angebotspreis an den Streubesitz beschränkt ist.

Zur Deckung des Liquiditätsbedarfs der Austrian Airlines Gruppe zwischen Unterfertigung und Vollzug des Verkaufs war, vor allem zur Anschlussfinanzierung auslaufender Flugzeugfinanzierungen, ein Rahmen für eine Überbrückungsfinanzierung in Höhe von EUR 200,00 Mio erforderlich. Zur Sicherstellung dieses Darlehens diente ein zugunsten der gewährenden Bank verpfändetes Konto mit einem Guthaben von EUR 200,00 Mio. Die Verpflichtung aus diesem Pfandrecht ist mit Vollzug der Transaktion erloschen.

Aufgrund der hohen Verschuldung der Austrian Airlines Gruppe verlangte die Deutsche Lufthansa AG für die Übernahme einen Restrukturierungszuschuss in Höhe von EUR 500,00 Mio, um den Fremdfinanzierungsgrad der Austrian Airlines Gruppe und die künftigen Lasten aus dem Schuldendienst zu reduzieren. Die Deutsche Lufthansa AG hat sich verpflichtet, diesen Betrag nach dem Closing des Verkaufs für eine Kapitalerhöhung bei der Austrian Airlines AG zu verwenden. Die Leistung des Restrukturierungszuschusses durch die ÖIAG erfolgte am 3. September 2009.

2.2. Bericht über Zweigniederlassungen

Die ÖIAG hat keine Zweigniederlassungen in Österreich.

2.3. Finanzielle Leistungsindikatoren

Vermögens- und Ertragslage

Die wichtigsten ertrags- bzw. aufwandsrelevanten Posten 2009 waren:

- Beteiligungserträge in Höhe von EUR 278,19 Mio, die primär infolge der Dividendenkürzung der OMV Aktiengesellschaft unter dem Vorjahreswert lagen.
- Ertrags- und Wertpapierzinsen von EUR 9,50 Mio, denen Aufwandszinsen von EUR 2,44 Mio gegenüberstanden.
- Sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von EUR 40,01 Mio.
- Aufwand gemäß § 14 Abs. 5 ÖIAG-Gesetz in Höhe von EUR 30,58 Mio. Dieser Aufwand entspricht dem Erlöschen von Rückforderungsansprüchen an den Bund im Zusammenhang mit der im Berichtsjahr erfolgten Tilgung von Refundierungsverbindlichkeiten in gleicher Höhe.
- Auflösung gebundener Kapitalrücklagen gem. § 14 Abs. 5 ÖIAG-Gesetz in Höhe von EUR 30,58 Mio. Diese Auflösung war im Zusammenhang mit der erwähnten Tilgung von Refundierungsverbindlichkeiten in gleicher Höhe lt. ÖIAG-Gesetz verpflichtend vorzunehmen.
- Der durchschnittliche Personalstand der ÖIAG betrug im Berichtszeitraum 23 Personen und lag damit im Schnitt um drei Personen unter dem Niveau des Vorjahres. Zum Stichtag 31. Dezember 2009 betrug der Mitarbeiterstand 22 Personen. Dies entspricht einem Vollzeitäquivalent von rund 20.

Der Jahresabschluss der ÖIAG zum 31. Dezember 2009 weist einen Jahresüberschuss von EUR 213,5 Mio aus. Nach Auflösung der gebundenen Kapitalrücklagen gemäß § 14 Abs. 5 ÖIAG-Gesetz und einschließlich des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr erreicht der Bilanzgewinn EUR 367,2 Mio.

Die Bilanzsumme der ÖIAG beträgt zum 31. Dezember 2009 EUR 1.712,47 Mio und hat sich damit gegenüber 2008 um rund 32 % vermindert (31.12.2008: EUR 2.516,31 Mio). Dieser Rückgang ist im Wesentlichen neben der im Vergleich zu den Vorjahren deutlich angehobenen Dividendenzahlung an den Bund insbesondere auch auf die Leistung des Restrukturierungszuschusses der Austrian Airlines AG zurückzuführen.

Die im Vorjahr gebildete Rückstellung für den Restrukturierungszuschuss in Höhe von EUR 500,00 Mio wurde in der Berichtsperiode bestimmungsgemäß verbraucht, sodass das Jahresergebnis 2009 dadurch nicht belastet wurde. Die Refundierungsverbindlichkeiten mit Rückforderungsanspruch an die Republik Österreich betragen zum 31. Dezember 2009 EUR 22,51 Mio (31.12.2008: EUR 53,10 Mio).

Das Eigenkapital beträgt zum 31. Dezember 2009 EUR 1.617,61 Mio (31.12.2008: EUR 1.854,09 Mio). Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 94,5 % (31.12.2008: 73,7 %).

ÖIAG-Portfoliowert und Nettoliquidität

Der Wert des ÖIAG-Portfolios liegt per 31. Dezember 2009 bei EUR 4,86 Mrd. Der Anstieg im Vergleich zum 31. Dezember 2008 (EUR 3,96 Mrd) ist auf die positive Börseentwicklung des Jahres 2009 zurückzuführen.

Zum 31. Dezember 2009 überdecken die liquiden Mittel die Finanzschulden um rund EUR 0,10 Mrd (Nettoliquidität).

2.4. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Reduktion des Beteiligungsportfolios, insbesondere die Privatisierung der Austrian Airlines AG, hat zu einer deutlichen Reduktion des Aufgabenbereiches der ÖIAG geführt. Eine Übertragung neuer Aufgaben seitens des Eigentümers wurde der ÖIAG im Geschäftsjahr 2009 nicht in Aussicht gestellt. Aus diesen Gründen hat der Vorstand Restrukturierungsschritte eingeleitet, welche wie auch in den vergangenen Jahren eine effiziente Anpassung der Kapazitäten bewirken werden.

3. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und Risiken des Unternehmens

3.1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die mit der Deutschen Lufthansa über den Verkauf des 41,56%-Anteils an der Austrian Airlines AG getroffenen Vereinbarungen beinhalten neben dem erwähnten Verkaufspreis auch einen Besserungsschein. Der maximale Auszahlungsbetrag ist aus übernahmerechtlichen Gründen auf den Angebotspreis für den Streubesitz (EUR 4,49 pro Aktie) abzüglich des Kaufpreises für die ÖIAG beschränkt. Der Besserungsschein bezieht sich auf die kumulierte Ergebnisentwicklung der Austrian Airlines in den Jahren 2009 bis 2011 sowie die relative Entwicklung der Lufthansa-Aktie gegenüber Aktien von Vergleichsunternehmen während desselben Zeitraums.

3.2. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Zum Bilanzstichtag bestehen bei der ÖIAG keine Derivatgeschäfte oder Fremdwährungspositionen.

Ein Ausfallrisiko besteht hinsichtlich der Veranlagung von Geldmitteln bei Banken. Dieses Risiko wird durch ein Kreditlimit-system für alle Bankpartner überwacht. Die Veranlagung der liquiden Mittel der ÖIAG erfolgte 2009 – so wie in den Vorjahren – unter Bonitäts Gesichtspunkten hinsichtlich der Auswahl der Bankpartner und in Verfolgung des Ziels, einen dem Veranlagungsinstrument und der Veranlagungslaufzeit entsprechenden marktkonformen Bestsatz zu erreichen. Auf die jederzeitige Marktgängigkeit der veranlagten Mittel wurde bei der Auswahl der Veranlagungsinstrumente höchstes Augenmerk gerichtet. Vor dem Hintergrund der Bankenkrise wurde in den ersten Monaten des Geschäftsjahres 2009 der Großteil der Liquidität beim Bund, vertreten durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA), kurzfristig veranlagt. Zum 31. Dezember 2009 war die Liquidität in Form von Festgeldern bei österreichischen Banken veranlagt.

Das Liquiditätsrisiko wird nach den gesetzlichen Rahmenbedingungen des Artikels III ÖIAG-Gesetz betreffend Finanzierung und Schuldentilgung gesteuert und in Form periodischer Berichts- und Planungsinstrumente abgebildet.

4. Bericht über Forschung und Entwicklung

Die ÖIAG betreibt keine Forschung und Entwicklung.

Wien, am 7. April 2010

Der Vorstand

Dr. Peter Michaelis e.h.

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva	EUR	EUR	Stand 31.12.2009 EUR	Stand 31.12.2008 TEUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Konzessionen, Rechte		65.807,75		69
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	2.364.136,18			2.364
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	162.330,53			143
		2.526.466,71		2.507
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	1.540.465.975,24			1.540.466
2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	26.492.814,42			26.492
		1.566.958.789,66	1.569.551.064,12	1.566.958
				1.569.534
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	27.257,04			226
2. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	19.568,91			26
3. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	38.709,15			68.307
		85.535,10		68.559
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		120.304.498,02	120.390.033,12	825.074
				893.633
C. Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden			22.512.923,80	53.096
D. Rechnungsabgrenzungsposten			13.935,94	48
			1.712.467.956,98	2.516.311

Passiva	EUR	Stand	Stand
		31.12.2009	31.12.2008
		EUR	TEUR
A. Eigenkapital			
I. Grundkapital	363.365.000,00		363.365
II. Kapitalrücklagen			
1. Gebundene	350.751.285,96		381.335
2. Nicht gebundene	500.000.000,00		500.000
III. Gewinnrücklagen			
Gesetzliche Rücklage	36.336.417,08		36.336
IV. Bilanzgewinn			
davon Gewinnvortrag EUR 123.051.782,26 (2008: TEUR 153.133)	367.157.418,57		573.052
		1.617.610.121,61	1.854.088
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Abfertigungen	929.099,00		848
2. Rückstellungen für Pensionen	2.329.395,00		2.311
3. Sonstige Rückstellungen	59.822.117,76		583.908
		63.080.611,76	587.067
C. Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden		22.512.923,80	53.096
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	158.282,24		454
2. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.943.199,59		21.321
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern EUR 120.597,41 (2008: TEUR 187), davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 36.464,03 (2008: TEUR 39)	162.817,98		285
		9.264.299,81	22.060
		1.712.467.956,98	2.516.311

Anlagenpiegel

gemäß § 226 (1) UGB per 31. Dezember 2009

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten			
	Stand 1.1.2009 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2009 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Konzessionen, Rechte ¹	845.836,98	42.254,87	1.585,73	886.506,12
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund				
a) Bebaute Grundstücke				
Gebäudewert	60.906,17	0,00	0,00	60.906,17
b) Unbebaute Grundstücke	2.368.434,26	0,00	0,00	2.368.434,26
	2.429.340,43	0,00	0,00	2.429.340,43
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung ²	1.323.256,64	147.666,06	83.516,04	1.387.406,66
	3.752.597,07	147.666,06	83.516,04	3.816.747,09
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	2.332.994.766,19	0,00	350.711.548,99	1.982.283.217,20
2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	26.527.814,42	0,00	0,00	26.527.814,42
	2.359.522.580,61	0,00	350.711.548,99	2.008.811.031,62
Gesamt	2.364.121.014,66	189.920,93	350.796.650,76	2.013.514.284,83
¹ davon geringwertige Vermögensgegenstände		1.585,73	1.585,73	
² davon geringwertige Vermögensgegenstände gemäß § 13 EStG		3.427,99	3.427,99	

Kumulierte Abschreibungen	Buchwerte		Abschreibungen des Geschäftsjahres
	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2008	
EUR	EUR	EUR	EUR
820.698,37	65.807,75	68.557,59	45.004,71
60.906,17	0,00	0,00	0,00
4.298,08	2.364.136,18	2.364.136,18	0,00
65.204,25	2.364.136,18	2.364.136,18	0,00
1.225.076,13	162.330,53	142.406,66	125.496,36
1.290.280,38	2.526.466,71	2.506.542,84	125.496,36
441.817.241,96	1.540.465.975,24	1.540.465.975,31	0,00
35.000,00	26.492.814,42	26.492.814,42	0,00
441.852.241,96	1.566.958.789,66	1.566.958.789,73	0,00
443.963.220,71	1.569.551.064,12	1.569.533.890,16	170.501,07
			1.585,73
			3.427,99

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Jänner 2009 bis zum 31. Dezember 2009

	2009		2008	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		28.533,61		29
2. Sonstige betriebliche Erträge				
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	9.600,00		138	
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	210.371,00		809	
c) Übrige	911.431,83		344	
		1.131.402,83		1.291
3. Personalaufwand				
a) Gehälter	2.851.906,64		3.431	
b) Aufwendungen für Abfertigungen	101.605,63		155	
c) Aufwendungen für Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	9.769,28		7	
d) Aufwendungen für Altersversorgung	128.562,09		20.288	
e) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	459.767,95		494	
f) Sonstige Sozialaufwendungen	115.823,61		120	
		-3.667.435,20		-24.495
4. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-170.501,07		-168
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z 16 fallen	13.651,45		12	
b) Übrige	39.994.258,43		11.607	
		-40.007.909,88		-11.619
6. Zwischensumme aus Z 1 bis 5 (Betriebserfolg)		-42.685.909,71		-34.962
7. Erträge aus Beteiligungen		278.188.291,25		301.054
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.007.602,53		1.048
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		8.495.880,19		18.087
10. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens		1.547.587,22		2.401
11. Aufwand § 14 (5) ÖIAG-Gesetz		-30.583.241,99		-136.273
12. Aufwendungen aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens Aufwendungen aus Beteiligungen, davon aus Abschreibungen EUR 0,00 (2008: EUR 274 Mio)		0,00		-773.804

	2009		2008	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-2.444.315,17		-10.058
14. Zwischensumme aus Z 7 bis 13 (Finanzerfolg)		256.211.804,03		-597.545
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		213.525.894,32		-632.507
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-3.500,00		-3
17. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		213.522.394,32		-632.510
18. Auflösung von Kapitalrücklagen				
a) gemäß § 14 (5) ÖIAG-Gesetz	30.583.241,99		136.273	
b) gemäß § 4 AUA-Gesetz	0,00		761.804	
c) gemäß § 14 (6) ÖIAG-Gesetz	0,00		154.352	
		30.583.241,99		1.052.429
Jahresgewinn		244.105.636,31		419.919
19. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		123.051.782,26		153.133
20. Bilanzgewinn		367.157.418,57		573.052

Anhang

A. Grundsätzliche Ausführungen

Die Gesellschaft befindet sich im alleinigen Eigentum der Republik Österreich.

Die Gesellschaft wurde durch das ÖIG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 439/1984, errichtet. In weiterer Folge kam es zu mehreren, die Rechtsgrundlage der Gesellschaft betreffende Gesetzesänderungen.

Mit dem Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000), BGBl. I Nr. 24/2000, wurde die Gesellschaft auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt.

Der Jahresabschluss basiert auf dem ÖIAG-Gesetz 2000 in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. I Nr. 71/2003, BGBl. I Nr. 103/2005, BGBl. I Nr. 73/2006 und BGBl. I Nr. 136/2008 sowie auf dem Bundesgesetz über die Übertragung von Bundesbeteiligungen in das Eigentum der ÖIAG (AUA-Gesetz) in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 18/2009.

Die wesentlichen Aufgaben der Gesellschaft sind gemäß § 1 Abs. 2 ÖIAG-Gesetz 2000 die Abgabe von Anteilen (Privatisierungsmanagement), das Halten, die Verwaltung und die Ausübung von Anteilsrechten (Beteiligungsmanagement) an Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist oder die ihr künftig durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft übertragen werden (Beteiligungsgesellschaften), sowie der Erwerb von Anteilsrechten gemäß § 9 Abs. 3 und 4 ÖIAG-Gesetz 2000. Mit der Änderung des ÖIAG-Gesetzes gemäß BGBl. I Nr. 136/2008 vom 26. Oktober 2008 wurden der ÖIAG die Abwicklung von Maßnahmen nach § 2 Abs. 1 Z 1 bis 3 und 6 Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) als Bevollmächtigte des Bundes und der Erwerb von Beteiligungen an Rechtsträgern gemäß § 1 FinStaG nach § 2 Abs. 1 Z 4 und 5 FinStaG übertragen. 2008 wurden diese Aufgaben gemäß § 1 Abs. 2a auf die von der ÖIAG neu gegründete FIMBAG Finanzmarkt Beteiligung Aktiengesellschaft des Bundes übertragen.

Die bestehenden Haftungen des Bundes für Verbindlichkeiten der ÖIAG werden bis zur Tilgung dieser Verbindlichkeiten aufrechterhalten.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeine Grundsätze

Auf den vorliegenden Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 wurden die Rechnungslegungsbestimmungen des Unternehmensgesetzbuches in der geltenden Fassung angewandt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt (§ 222 Abs. 2 UGB).

Bei der Bilanzierung und Bewertung wurde den allgemein anerkannten Grundsätzen Rechnung getragen. Dabei wurden die im § 201 Abs. 2 UGB kodifizierten Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ebenso beachtet, wie die Gliederungs- und Bewertungsvorschriften für die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der §§ 195 bis 211 und 222 bis 235 UGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Des Weiteren erfolgt die Erstellung des Jahresabschlusses in Einklang mit dem ÖIAG-Gesetz 2000.

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bewertet und nach der linearen Methode planmäßig abgeschrieben. Die Abschreibungssätze betragen 33,3 %.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, die grundsätzlich nach der linearen Methode ermittelt werden. Außerplanmäßige Abschreibungen werden im Fall einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen.

Geringwertige Vermögensgegenstände (Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis EUR 400) werden im Zugangsjahr zur Gänze abgeschrieben und als Zu- und Abgang gezeigt.

Der planmäßigen Abschreibung beim Sachanlagevermögen liegen folgende Abschreibungssätze zugrunde:

Betriebs- und Geschäftsausstattung	10–33,3 %
------------------------------------	-----------

Anteile an Beteiligungen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Dauernden Wertminderungen wird durch den Ansatz von außerplanmäßigen Abschreibungen Rechnung getragen.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten bzw. bei Wertminderungen zum niedrigeren Wert am Abschlussstichtag ausgewiesen.

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert – bei Fonds mit dem Anschaffungswert – aktiviert. Erkennbaren Risiken wird durch die Bildung entsprechender Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Rückstellungen/Verbindlichkeiten

Die Rückstellungen für Abfertigungen werden zum Bilanzstichtag mit dem sich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ergebenden Betrag angesetzt. Dabei wird das Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinssatz von 3,0 % angewendet. Die Höhe der Rückstellungen für Pensionen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines 3,0%igen Rechnungszinssatzes und der Teilwertmethode ermittelt. Als Rechnungsgrundlage dienen die Tabellen AVÖ 2008-P (Angestellte). Bei der Berechnung der Rückstellungen für Abfertigungen und Pensionen wird sowohl für Männer als auch für Frauen das 62. Lebensjahr als rechnerisches Pensionsalter angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten die bis zum Bilanzstichtag erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Fremdwährungsbeträge werden nach dem Niederst- bzw. Höchstwertprinzip bewertet.

B. Erläuterung der Bilanz

a. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen ist im Anlagenspiegel (Beilage zum Anhang) dargestellt.

Die Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen betragen im folgenden Geschäftsjahr EUR 0,37 Mio (Vorjahr: EUR 0,36 Mio). Der Gesamtbetrag der folgenden fünf Jahre beläuft sich auf EUR 1,91 Mio (Vorjahr: EUR 1,88 Mio).

b. Finanzanlagen

Die Entwicklung der Finanzanlagen ist im Anlagenspiegel (Beilage zum Anhang) detailliert dargestellt.

Die Abgänge innerhalb der Beteiligungen sind auf den Verkauf des 41,56%-Anteils an der Austrian Airlines AG an die Deutsche Lufthansa mit Closing am 3. September 2009 sowie auf die VOEST-ALPINE STEINEL Gesellschaft m.b.H. in Liqu., die im Berichtsjahr im Firmenbuch gelöscht wurde, zurückzuführen. Die mit der Deutschen Lufthansa über den Verkauf des Anteils an der Austrian Airlines AG getroffenen Vereinbarungen beinhalten auch einen Besserungsschein. Dieser bezieht sich auf die kumulierte Ergebnisentwicklung der Austrian Airlines in den Jahren 2009 bis 2011 sowie die relative Entwicklung der Lufthansa-Aktie gegenüber Aktien von Vergleichsunternehmen während desselben Zeitraums.

Entsprechend der Fair-Value-Richtlinie ergab die Prüfung der Beteiligungswerte der börsennotierten Beteiligungen einen positiven Differenzbetrag zwischen den Buchwerten und den mit den Marktwerten zum 30. Dezember 2009 bewerteten Beteiligungen von EUR 3,32 Mrd (Vorjahr: EUR 2,42 Mrd).

Die Beteiligungsansätze der nicht börsennotierten Beteiligungen und auch die Wertpapiere des Anlagevermögens entsprechen im Sinne der Fair-Value-Richtlinie den Buchwerten, wie sie zum 31. Dezember 2009 ausgewiesen werden. Gleiches gilt für die Wertrechte des Anlagevermögens.

c. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Posten	Bilanzwert EUR Mio
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (im Vorjahr)	0,03 (0,23)
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (im Vorjahr)	0,02 (0,02)
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände (im Vorjahr)	0,04 (68,31)
Summe (Summe Vorjahr)	0,09 (68,56)

Die Reduktion der sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände im Vergleich zum 31. Dezember 2008 ergibt sich primär aus dem im Vorjahr ausgewiesenen Darlehen der ÖIAG in Zusammenhang mit der Überbrückungsfinanzierung von Austrian Airlines. Dieses Darlehen in Höhe von EUR 67,20 Mio wurde nach Vorliegen der EU-beihilferechtlichen Genehmigung für die Austrian Airlines-Überbrückungsfinanzierung vom 19. Jänner 2009 zurückgeführt und die Finanzierung auf ein Bankdarlehen (Darlehensnehmer: Austrian Airlines Lease and Finance Company Ltd.) mit einem maximalen Rahmen von EUR 200,00 Mio umgestellt. Zur Sicherstellung dieses Darlehens diente ein Konto mit einem Guthaben von EUR 200,00 Mio, welches bis zum Closing der Transaktion am 3. September 2009 zugunsten der Bank verpfändet war.

Der Posten „Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“, setzt sich im Wesentlichen aus weiterverrechneten Leistungen gegenüber der IMIB Immobilien und Industriebeteiligungen GmbH, der SCHOELLER-BLECKMANN Gesellschaft m.b.H. und der Österreichischen Post Aktiengesellschaft zusammen.

Im Posten „Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände“ sind Erträge in Höhe von EUR 0,04 Mio (Vorjahr: EUR 1,10 Mio) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

Sämtliche Forderungen sind kurzfristiger Natur.

d. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Der unter diesem Posten ausgewiesene Betrag betrifft primär Festgeldveranlagungen bei österreichischen Banken.

Der Rückgang im Vergleich zum 31. Dezember 2008 ist neben der im Vergleich zu den Vorjahren deutlich angehobenen Dividende an den Bund insbesondere auf das Closing der AUA-Privatisierung und der damit verbundenen Leistung des Restrukturierungszuschusses in Höhe von EUR 500,00 Mio zurückzuführen.

e. Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden

Gemäß § 14 Abs. 5 des ÖIAG-Gesetzes 2000 erlischt die Refundierungsverpflichtung des Bundes auch und insoweit, als nach vollständiger Tilgung jener Verbindlichkeiten, die durch die Verschmelzung gemäß Artikel II auf die ÖIAG übergehen (Verbindlichkeiten ex PTBG und PTA), liquide Mittel der ÖIAG zur Verfügung stehen, die aus Privatisierungserlösen stammen und zur Tilgung von Verbindlichkeiten, für die der Bund zur Refundierung von Zinsen und Tilgungen verpflichtet ist, verwendet werden können. Die Reduktion der Rückforderungsansprüche des Bundes im Jahr 2009 ist auf planmäßige Tilgungen von Refundierungsverbindlichkeiten im Ausmaß von EUR 30,58 Mio zurückzuführen, die auf Grundlage des § 14 Abs. 5 durchgeführt wurden. (Vorjahr: planmäßige Tilgungen EUR 92,62 Mio und vorzeitige Tilgungen EUR 43,65 Mio).

f. Rechnungsabgrenzungsposten

Die ausgewiesenen Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem 31. Dezember 2009, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

g. Eigenkapital

Das Grundkapital von EUR 363.365.000 ist geteilt in 5.000 Stückaktien. Auf Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 27. Mai 2009 wurde vom Bilanzgewinn 2008 eine Dividende in Höhe von EUR 450,00 Mio an den Bund ausgeschüttet und der Betrag in Höhe von EUR 123,05 Mio auf neue Rechnung vorge-tragen.

Die Veränderung der gebundenen Kapitalrücklage ergibt sich aus § 14 Abs. 5 ÖIAG-Gesetz. Demnach waren in Höhe der erlöschenden Refundierungsansprüche für Verbindlichkeiten, für die der Bund zur Refundierung von Tilgungen und Zinsen verpflichtet ist, gebundene Kapitalrücklagen in Höhe von EUR 30,58 Mio (Vorjahr: EUR 136,27 Mio) aufzulösen.

h. Rückstellungen

Die Reduktion bei den sonstigen Rückstellungen im Vergleich zum 31. Dezember 2008 resultiert im Wesentlichen aus dem Closing des Verkaufs des 41,56%-Anteils an der Austrian Airlines AG am 3. September 2009. Die im Vorjahr gebildete Rückstellung für den Restrukturierungszuschuss in Höhe von EUR 500,00 Mio wurde in der Berichtsperiode bestimmungsgemäß verbraucht. Die ÖIAG hat im Rahmen ihrer vertraglichen Verpflichtung diesen Restrukturierungszuschuss zum Zeitpunkt des Closings an die Deutsche Luft-hansa geleistet.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten vor allem Vorsorgen für Pensionsnachschussverpflichtungen sowie für nicht verbrauchte Urlaube, Jubiläumsgelder und sonstige Personalaufwendungen in Höhe von EUR 25,13 Mio (Vorjahr: EUR 43,80 Mio) und sonstige Vorsorgen (insbesondere für Beteiligungen) in Höhe von EUR 33,25 Mio (Vorjahr: EUR 33,99 Mio).

i. Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich refundiert werden

Diese Verbindlichkeiten beliefen sich zum Bilanzstichtag auf EUR 22,51 Mio (Vorjahr: EUR 53,10 Mio). Die Reduktion im Vergleich zum 31. Dezember 2008 resultiert aus den bereits erwähnten Tilgungen.

(Verbindlichkeiten fällig < 1 Jahr: EUR 9,14 Mio (Vorjahr: EUR 30,58 Mio); fällig in 1 – 5 Jahren: EUR 13,37 Mio (Vorjahr: EUR 22,51 Mio); fällig > 5 Jahre: EUR 0,00 Mio (Vorjahr: EUR 0,00 Mio))

j. Verbindlichkeiten

Posten	Mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR Mio	Mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR Mio	Bilanzwert EUR Mio
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (im Vorjahr)	0,16 (0,45)	0,00 (0,00)	0,16 (0,45)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (im Vorjahr)	8,94 (21,32)	0,00 (0,00)	8,94 (21,32)
Sonstige Verbindlichkeiten (im Vorjahr)	0,16 (0,23)	0,00 (0,06)	0,16 (0,29)
Summe (Summe Vorjahr)	9,26 (22,00)	0,00 (0,06)	9,26 (22,06)

Der Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ setzt sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (EUR 0,62 Mio GKB-Bergbau GmbH), aus Verbindlichkeiten aus Mittelveranlagung von Beteiligungsgesellschaften bei der ÖIAG (EUR 3,36 Mio, davon IMIB Immobilien und Industriebeteiligungen GmbH mit EUR 3,30 Mio sowie SCHOELLER-BLECKMANN Gesellschaft m.b.H. mit EUR 0,06 Mio) sowie aus Verbindlichkeiten aus Gesellschaftereinlagen (EUR 4,96 Mio IMIB Immobilien und Industriebeteiligungen GmbH) zusammen.

Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich primär aus der Inanspruchnahme des im Vorjahr an die IMIB Immobilien und Industriebeteiligungen GmbH gewährten Gesellschafterzuschusses (EUR 12,00 Mio) in Höhe von EUR 9,00 Mio sowie aus der Reduktion der Mittelveranlagungen der Beteiligungsgesellschaften.

Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind Aufwendungen in Höhe von EUR 0,16 Mio (Vorjahr: EUR 0,28 Mio) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

C. Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

a. Sonstige betriebliche Erträge

	2009 EUR Mio	2008 EUR Mio
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	0,01	0,14
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,21	0,81
Übrige	0,91	0,34
Summe	1,13	1,29

Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten wie im Vorjahr unter anderem verschiedene Kostenvergütungen und Mieterträge.

b. Personalaufwand

	2009 EUR Mio	2008 EUR Mio
Gehälter	2,85	3,43
Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	0,11	0,16
Aufwendungen für Altersversorgung	0,13	20,29
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	0,46	0,49
Sonstige Sozialaufwendungen	0,12	0,12
Summe	3,67	24,49

Die Rückstellungsbewegungen für an die APK Pensionskasse Aktiengesellschaft ausgelagerte Pensionsverpflichtungen sind in den Aufwendungen für Altersversorgung enthalten.

c. Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2009 EUR Mio	2008 EUR Mio
Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen	0,01	0,01
Übrige	40,00	11,61
Summe	40,01	11,62

Unter den übrigen betrieblichen Aufwendungen werden neben Privatisierungsaufwendungen auch Betriebs- und Verwaltungskosten für Liegenschaften, Mieten, Honorare, Beratungsaufwendungen und sonstige Aufwendungen ausgewiesen.

d. Zinsenergebnis

	2009 EUR Mio	2008 EUR Mio
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8,50	18,09
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2,44	-10,06
Summe	6,06	8,03

e. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens

Innerhalb dieses Postens ist neben dem Ertrag aus der Liquidation der VOEST-ALPINE STEINEL Gesellschaft m.b.H. in Liqu. (EUR 1,11 Mio) auch der Erlös aus dem Verkauf des 41,56%-Anteils an der Austrian Airlines AG mit EUR 0,37 Mio ausgewiesen.

f. Aufwand § 14 Abs. 5 ÖIAG-Gesetz

Der ausgewiesene Betrag in Höhe von EUR 30,58 Mio (Vorjahr: EUR 136,27 Mio) betrifft die Ausbuchung von Rückforderungsansprüchen an den Bund in Zusammenhang mit Tilgungen von Verbindlichkeiten, für deren Zinsen und Rückzahlungen eine Refundierungsverpflichtung der Republik Österreich besteht. In gleicher Höhe waren gemäß § 14 Abs. 5 ÖIAG-Gesetz gebundene Kapitalrücklagen aufzulösen.

g. Auflösung von Kapitalrücklagen

Gemäß § 14 Abs. 5 ÖIAG-Gesetz waren in Höhe der erlöschenden Refundierungsansprüche für Verbindlichkeiten, für die der Bund zur Refundierung von Tilgungen und Zinsen verpflichtet ist, gebundene Kapitalrücklagen in Höhe von EUR 30,58 Mio (Vorjahr: EUR 136,27 Mio) aufzulösen.

h. Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn ergibt sich nach Rücklagenauflösung und Hinzurechnung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr mit EUR 367,2 Mio (Vorjahr: EUR 573,1 Mio). Darin enthalten ist ein nicht ausschüttungsfähiger Anteil in Höhe von EUR 123,1 Mio, welcher aus der im Geschäftsjahr 2006 erfolgten Zuschreibung zum Anteil an der Österreichischen Post AG stammt.

D. Organe, Arbeitnehmer

a. 2009 waren im Jahresdurchschnitt in der ÖIAG 23 (Vorjahr: 26) Dienstnehmer beschäftigt.

b. Pensionen und Abfertigungen

Aufwand für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	2009 EUR Mio	2008 EUR Mio
Vorstand und leitende Angestellte	0,06	0,13
Sonstige Arbeitnehmer	0,05	0,03
Summe	0,11	0,16

Aufwand für Pensionen	2009 EUR Mio	2008 EUR Mio
Vorstand und leitende Angestellte	-0,92	-0,37
Sonstige Arbeitnehmer	1,05	20,66
Summe	0,13	20,29

Der Rückgang des Pensionsaufwandes im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Rückstellungsbewegungen für Nachschussverpflichtungen für Pensionen zurückzuführen, die zur Gestionierung an die APK Pensionskasse Aktiengesellschaft übertragen worden sind.

Die zum Bilanzstichtag passivierten Nachschussverpflichtungen ergaben sich aus dem versicherungsmathematisch errechneten unternehmensrechtlichen Deckungserfordernis abzüglich des zum Zeitpunkt der Bilanzierung von der APK Pensionskasse Aktiengesellschaft geschätzten ÖIAG-Vermögens zum 31. Dezember 2009. Die Endabrechnung des ÖIAG-Vermögens erfolgt seitens der APK Pensionskasse Aktiengesellschaft mit der Jahresabrechnung 2009. Die Pensionsverpflichtungen (Leistungsempfänger am 31. Dezember 2009: 300 Personen, Vorjahr: 315 Personen) stammen vor allem aus früheren Verschmelzungen von Firmen (Vereinigte Edelstahlwerke AG/Austrian Industries AG) auf die ÖIAG.

Die Aufwendungen für betriebliche Mitarbeitervorsorge i.S.d. betrieblichen Mitarbeitervorsorgegesetzes (BMVG) werden in der Gewinn- und Verlustrechnung explizit ausgewiesen.

c. Die Bezüge des Aufsichtsrats beliefen sich auf EUR 0,23 Mio (Vorjahr: EUR 0,24 Mio).

d. Vorstand

Dr. Peter MICHAELIS

Die entgeltlichen Bezüge¹ des ÖIAG-Vorstands beliefen sich im Geschäftsjahr 2009 auf einen Fixbezug in Höhe von EUR 0,35 Mio und variable Bezüge von EUR 0,26 Mio aus 2008 sowie EUR 0,09 Mio aus den Vorjahren.

Der ÖIAG-Vorstand hat alle Ansprüche auf Bezüge und sonstige vermögenswerte Vorteile aus seiner Tätigkeit in den Aufsichtsräten der APK Pensionskasse AG, der Austrian Airlines AG, der OMV AG, der Österreichischen Post AG und der Telekom Austria AG an die Österreichische Industrieholding AG abgetreten.

e. Aufsichtsratsmitglieder

Dipl.-Ing. DDr. h.c. Peter MITTERBAUER

Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstands der Miba AG

KR Ing. Siegfried WOLF

Erster stellvertretender Vorsitzender

Chief Executive Officer der Magna International Europe AG

Dr. Klaus STURANY

Zweiter stellvertretender Vorsitzender

Mitglied verschiedener Aufsichtsräte

Dr. Wolfgang BERNHARD

Member of the Board of Management Daimler AG

Mag. Brigitte EDERER

Vorsitzende des Vorstands der Siemens AG Österreich

Univ.-Prof. Dr. Michael ENZINGER

Rechtsanwalt

Dkfm. Wolfgang PFARL

Präsident Austropapier

Dr. Alexander RIKLIN

Geschäftsführer der Alcar Holding GmbH

Maria-Elisabeth SCHAEFFLER

Gesellschafterin der Schaeffler Holding GmbH & CO. KG

Dipl.-Ing. Dr. Stefan K. ZAPOTOCKY

Mitglied des Vorstands und Miteigentümer der BAST AG Value & Invest Development

Ing. Leopold ABRAHAM

Vorsitzender der Konzernvertretung der OMV AG

Gerhard FRITZ

Vorsitzender des Zentralausschusses der Bediensteten der Österreichischen Post AG

Markus HINKER

Vorsitzender des Zentralausschusses der Bediensteten der Telekom Austria AG

(seit 19.3.2010)

Alfred JUNGHANS

Vorsitzender des Betriebsrats der unternehmerischen Angestellten und des technischen Personals der Austrian Airlines AG

(bis 3.9.2009)

Michael KOLEK

Vorsitzender des Zentralausschusses der Bediensteten der Telekom Austria AG

(bis 10.2.2010)

Werner LUKSCH

Vorsitzender des Zentralausschusses der mobilkom austria AG

(seit 11.9.2009)

Markus SIMONOVSKY

Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrats der OMV Austria Exploration & Production GmbH

¹ Ohne Berücksichtigung etwaiger Sach- bzw. Sozialaufwendungen

E. Beteiligungsspiegel

Die Angaben zum Eigenkapital und zum Jahresüberschuss (Fehlbetrag) betreffen die Einzelabschlüsse der Gesellschaften.

Firma	Sitz	Angaben für Eigenkapital bzw. Ergebnis	Eigenkapital	Anteil am Kapital	Jahresüber- schuss (Fehlbetrag)
			EUR Mio	%	EUR Mio
APK Pensionskasse Aktiengesellschaft	Wien	2008	25,88	27,6	2,59
FIMBAG Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes	Wien	2009	0,25	100,0	0,18
IMIB Immobilien und Industriebeteiligungen GmbH	Wien	2008	2,81	100,0	-15,85
GKB-Bergbau GmbH	Bärnbach	2009	31,62	100,0	1,87
Österreichische Post Aktiengesellschaft	Wien	2009	624,06	52,9	119,96
OMV Aktiengesellschaft	Wien	2009	6.098,74	31,5	18,48
SCHOELLER-BLECKMANN Gesellschaft m.b.H.	Ternitz	2009	5,40	100,0	0,83
Telekom Austria Aktiengesellschaft	Wien	2009	2.991,62	28,4	356,91

Die Erhöhung des Beteiligungsprozentsatzes der ÖIAG an der Österreichische Post Aktiengesellschaft und der Telekom Austria Aktiengesellschaft im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aus dem im Geschäftsjahr 2009 erfolgten Einzug von eigenen Aktien.

Durch das Bundesgesetz vom 26. April 2000, in Kraft getreten am 17. Mai 2000 (ÖIAG-Gesetz 2000), wird die Bildung eines Konzernverhältnisses zwischen der ÖIAG und ihren Beteiligungsgesellschaften ausdrücklich ausgeschlossen.

Wien, am 7. April 2010

Der Vorstand

Dr. Peter Michaelis e.h.

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2009 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2009, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Der gesetzliche Vertreter der Gesellschaft ist für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften sowie in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen des ÖIAG-Gesetzes 2000 vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der vom gesetzlichen Vertreter vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2009 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2009 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, den 7. April 2010

PwC PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft

gez.:
Mag. Gerhard Prachner
Wirtschaftsprüfer

Eine von den gesetzlichen Vorschriften abweichende Offenlegung, Veröffentlichung und Vervielfältigung im Sinne des § 281 Abs. 2 UGB in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form unter Beifügung unseres Bestätigungsvermerks ist nicht zulässig. Im Fall des bloßen Hinweises auf unsere Prüfung bedarf dies unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung.

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2009 in Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben vier Plenarsitzungen und drei Sitzungen des Prüfungsausschusses abgehalten. Schwerpunkte der Tätigkeit des Aufsichtsrats waren insbesondere die Beratungen und Beschlüsse im Zusammenhang mit der Erfüllung der Bedingungen zur Durchführung des Verkaufs der Austrian Airlines AG an die Deutsche Lufthansa AG und dem Beteiligungsmanagement. Im Beteiligungsmanagement waren die optimale Vorbereitung der Österreichischen Post auf die Liberalisierung und die strategische Ausrichtung von OMV und Telekom Austria wesentliche Themen.

Wie schon in den vergangenen Geschäftsjahren wurde dem Aufsichtsrat auch im Geschäftsjahr 2009 von den Vorstandsmitgliedern der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, insbesondere der börsennotierten Beteiligungsgesellschaften, über die aktuelle Situation der jeweiligen Gesellschaft berichtet.

Der Vorstand der ÖIAG hat dem Aufsichtsrat schriftlich und mündlich über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft sowie der Beteiligungsgesellschaften berichtet und in jenen Geschäftsfällen, in denen dies nach den Bestimmungen der Satzung oder der Geschäftsordnung erforderlich war, die Zustimmung des Aufsichtsrats eingeholt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden durch die PwC PricewaterhouseCoopers GmbH geprüft.

Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss 2009, der damit gemäß § 96 Abs. 4 AktG festgestellt ist; der Aufsichtsrat schließt sich auch dem Vorschlag des Vorstands an, vom Bilanzgewinn von EUR 367.157.418,57 eine Dividende von EUR 200.000.000,00 auszuschütten und einen Betrag von EUR 167.157.418,57 auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung gemäß § 270 Abs. 1 UGB vor, für die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 die PwC PricewaterhouseCoopers GmbH zum Abschlussprüfer zu bestellen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie den MitarbeiterInnen der Gesellschaft für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Wien, am 12. Mai 2010

Dipl.-Ing. DDr. h.c. Peter Mitterbauer e.h.
Vorsitzender des Aufsichtsrats